



REPORT

Der Israel-Hamas-Konflikt online

Antisemitismus, Israel-Hass und drastische Opferbilder

Juni 2024

Seit dem Terrorüberfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 ist der Israel-Gaza-Konflikt in den Sozialen Medien allgegenwärtig. Über Täter- und Opfereigenschaften oder die Angemessenheit der israelischen Militäration wird kontrovers diskutiert. Kinder und Jugendliche, die online nach Antworten suchen, sehen sich schnell mit irritierenden, verstörenden bis hin zu massiv beeinträchtigenden Inhalten konfrontiert. Das reicht von israelbezogenem Antisemitismus bis Gräuelbildern aus Gaza, die selbst minderjährige Opfer zeigen. jugendschutz.net fasst zusammen, welchen Risiken junge Nutzer:innen ausgesetzt sind und wie die Dienste darauf reagieren.

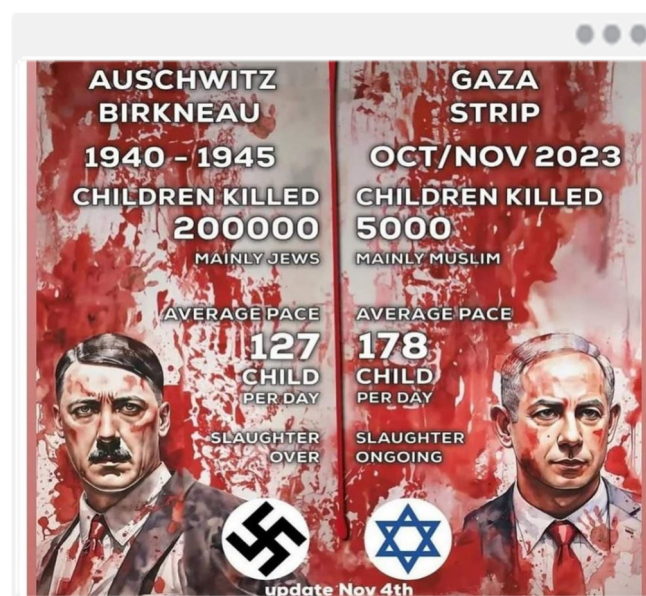
Israel-Gaza-Konflikt: Herausforderung auch für den Jugendmedienschutz

Der Krieg im Nahen Osten ist seit Monaten ein zentrales politisches und gesellschaftliches Thema, nicht zuletzt in den Sozialen Medien. Ob gezielt auf der Suche nach Informationen oder beim täglichen Surfen im Netz: Kinder und Jugendliche sind dabei schnell Inhalten ausgesetzt, die sie verwirren, verängstigen oder schockieren können. Zunächst waren dies noch Berichte und Bilder vom Überfall der Hamas auf Israel. Mittlerweile liegt der Fokus auf der Militäration des israelischen Staats in Gaza, die Frage nach deren Verhältnismäßigkeit und den zivilen Opfern.

jugendschutz.net beobachtet seit dem 7. Oktober die Entwicklungen im Netz. Dabei ist eine zunehmende Polarisierung im gesellschaftlichen Diskurs festzustellen. Die Grenzen zwischen legitimer Israel-Kritik, Hass gegen „Zionisten“ und Antisemitismus sind in der (Netz-)Öffentlichkeit hoch umstritten und auch rechtlich oft uneindeutig. Selbst aber wenn die jeweiligen Sichtweisen angesichts des Hamas-Terrors oder des israelischen Vorgehens und Tausenden von Vertriebenen, Hungernden und Toten nachvollziehbar und legitim sein mögen: Wo öffentliche Meinungsäußerungen die Grenzen des Jugendmedienschutzes überschreiten, können Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung beeinträchtigen oder gar gefährden. Das gilt besonders, wenn der Konflikt und seine Moralisierung nur als Vorwand dienen, um Demokratie- und Menschenfeindlichkeit zu verbreiten.

Feindbild Israel: Gleichsetzung mit NS-Staat und Holocaust

Schon kurz nach dem Angriff der Hamas wurde in den sozialen Netzwerken die Attacke der Terroristen historisch oder unter Verweis auf die Siedlungs- und Besatzungspolitik Israels verharmlost bzw. gerechtfertigt. Vor allem nach dem militärischen Gegenangriff eskalierten Anfeindungen gegen Israel als vermeintliches „Unrechtsregime“, „koloniales Siedlungsprojekt“ und „Apartheitsstaat“. In den aufgeheizten Online-Meinungskämpfen sowie den Protesten gegen das militärische Vorgehen Israels spielte die Hamas als Aggressor oft keine Rolle: Der Krieg wurde und wird gerade auf pro-palästinensischer Seite als Konfrontation zwischen Israel und dem gesamten palästinensischen Volk gedeutet.



Tote Kinder in Gaza werden mit jungen Holocaust-Opfern, Netanjahu mit Hitler verglichen. (Quelle: X)

Besonders drastisch sind Gleichsetzungen Israels bzw. seiner Regierung mit dem NS-Regime. In verschiedenen Sharepic-Variationen wird Premierminister Netanjahu mit Hitler oder sogar das militärische Vorgehen Israels mit dem Holocaust gleichgestellt. Verwendung finden dabei in Deutschland verbotene Kennzeichen wie das Hakenkreuz (oft in der Kombination mit dem Davidstern bzw. der israelischen Nationalflagge) oder der Hashtag #Nazisrael wird genutzt.

Antisemitischer und muslimfeindlicher Hass

Vereinzelt auf Instagram und TikTok, auf X (vormals Twitter), vor allem aber auf Telegram registrierte jugendschutz.net nicht nur antiisraelische, sondern klar antisemitische Äußerungen und Bilder. Hass und Hetze gegen jüdische Menschen ist auf wenig moderierten Ausweichplattformen zwar bereits alltäglich, zu beobachten sind aber Anpassungen auf die aktuelle Situation in Nahost. In Anspielung auf die toten Kinder als Opfer israelischer Luftangriffe wurde das Jahrhunderte alte antisemitische Verschwörungsmotiv des jüdischen Kinderritualmords genutzt, um „die Juden“ als Babymörder oder gar vampirartige Monster zu dämonisieren. Andere User:innen ordnen die Israel-Hamas-Auseinandersetzung in den übergreifenden Verschwörungsmythos einer geheimen „jüdischen Weltverschwörung“ ein. „Jude“, „Zionist“, „Israel“ oder „Israeli“ werden bei all diesen extremen Abwertungen als Bezeichnungen meist synonym verwendet.

Neben antisemitischen fanden sich auch araber:innen- und muslimfeindliche Beiträge auf populären Plattformen wie Instagram und X. Israelis (bzw. „Juden“) oder Palästinenser („Araber“ oder „Muslime“) werden dabei als quasi von Natur aus minderwertig aggressiv, verschlagen, skrupellos, barbarisch oder böse abgestempelt. Die jeweilige gegen sie gerichtete Gewalt hätten sie, so wird impliziert, „verdient“.

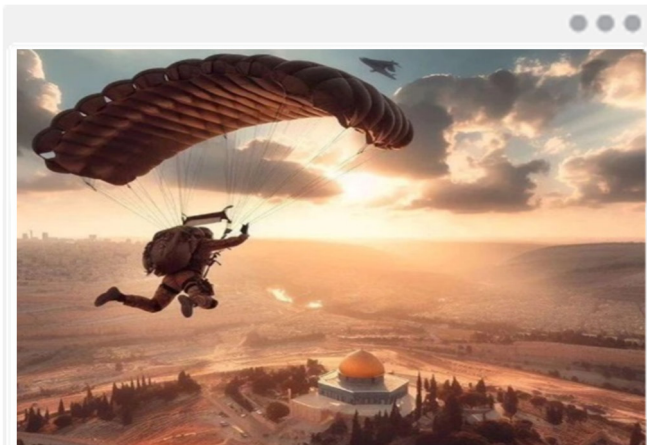


Antisemitisches KI-Bild: Stereotype Juden als Vampire, die es auf ein unschuldiges Kleinkind abgesehen haben. (Quelle: TikTok)

Rassismus gegen „arabisch“ und muslimisch gelesene Menschen fand sich im Kontext der Anti-Israel-Proteste und -Aktionen (z.B. in Berlin oder Essen) vor allem im Zusammenhang mit Themen wie Asylrecht und Einwanderung. Kritik am realen wie pauschal unterstellten Antisemitismus in arabischen oder muslimischen Bevölkerungsgruppen wurde als Vorwand genutzt, um sie im Windschatten der Israelsolidarität und der Verurteilung des Hamas-Terrors als nicht integrierbar und als Gefahr darzustellen, gegen die die deutsche Regierung nichts unternehme.

Terroristenwerbung: Hamas-Kennzeichen und -Glorifizierung

Auf den großen Social-Media-Plattformen stieß jugendschutz.net vereinzelt auf Kommentare oder Inhalte, die die Hamas gezielt in einem positiven Licht darstellen. Es handelte sich etwa um ästhetische Bilder, die den Terrorangriff am 7. Oktober heroisieren. Videomaterial von den Verschleppungen der Geiseln und Bodycam-Aufnahmen der Terroristen von ihren Überfällen auf Kibbuzim fanden sich hier fast ausschließlich in journalistischer oder ablehnender Verwendung. In einzelnen Fällen war das Material allerdings unzureichend kontextualisiert und stark sensationslüstern aufbereitet.



Hamas Terroristen als Helden zur Befreiung des Jerusalemer Tempelbergs.
(Quelle: Instagram; im Original unverpixelt)

Vor allem in linksradikalen Kreisen fand jugendschutz.net nach den Verboten von Hamas und des Netzwerks Samidoun in Deutschland Solidaritätsbekundungen, Kennzeichen dieser Organisationen sowie entsprechendes Propagandamaterial. Über zwei deutsche bzw. deutschsprachige linksaktivistische Profile und dazugehörige Websites wurden trotz der Vereinsverbote übersetzte Hamas- sowie Samidoun-Grundlagentexten veröffentlicht, zudem eine Flugschrift, die den Terrorangriff der Hamas verharmlost und rechtfertigt.

Gewaltopferbilder: Massenhaft verstörende Darstellungen

Schon direkt nach dem Hamas-Überfall kursierten grausame Aufnahmen des Terror-Angriffs, von Verschleppungen und Ermordeten – auch auf besonders jugendaffinen Plattformen wie TikTok und Instagram. Viele Bilder waren unverpixelt und die Opfer oft junge Menschen, was aufgrund der Identifikationsmöglichkeit auf Kinder und Jugendliche besonders verstörend wirken konnte. Massenhafte Verbreitung fanden z.B. die Bilder des Überfalls auf das „Supernova“-Musikfestival, bei dem mindestens 260 Menschen ums Leben kamen und zahlreiche entführt wurden. Die Aufnahmen stammten ursprünglich aus Hamas-Videos, wurden aber als Teil der Berichterstattung so-

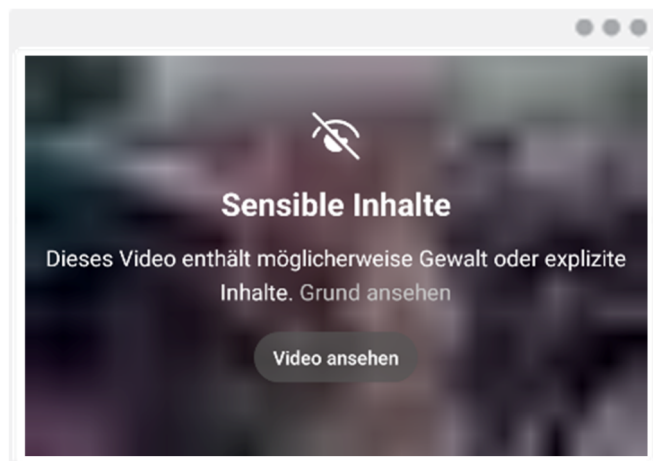
wie zur Bekundung von Trauer und Solidarität mit Israel bzw. der Verurteilung der Hamas-Attacke genutzt.

Problematisch sind zudem ganze Sammlungen von Opferaufnahmen. Solche pro-israelischen Websites verstehen sich als dokumentarisches Archiv von Videos der Massaker. Teils zeigen sie allerdings in reißerischer Aufmachung Vorschaubilder mit unverpixelten Todesopfern. Funktionen zum Download und un-mittelbaren Teilen der Videos laden zur Verbreitung und Nutzung ein, etwa im Rahmen von Mutproben oder zum Schocken von Klassenkamerad:innen.

Drastisch in Art und Umfang sind jedoch v.a. die Aufnahmen von traumatisierten, verletzten und toten (Klein-)Kindern und Jugendlichen als Opfer israelischer Luftangriffe. Die Darstellungen werden oft unbearbeitet hochgeladen und geteilt. Während der Einsatz von solchem Bildmaterial auch im Nahostkonflikt nicht neu ist, ist ihre schiere Menge und die ungehemmte Veröffentlichung und Weiterverbreitung besorgniserregend. Neben Aufnahmen, die einem berechtigten Interesse wie dem der Berichterstattung dienen, stoßen Nutzer:innen schnell und teils unvermittelt auf den Missbrauch solcher Bilder: Detaillierte Aufnahmen von Leichen und Verstümmelungen dienen als reine Schockbilder, um Stimmung gegen Israel oder dessen Unterstützer:innen zu machen, aber auch, um für eigene politische Ziele zu werben. Sowohl die Aufnahmen von Leid und Verwundung wie das hemmungslose Verbreiten im Meinungsstreit, wie besonders auf X beobachtet, ist selbst für Erwachsene schwer erträglich und oft als Verstoß gegen die Menschenwürde unzulässig. Allerdings finden sich auch immer wieder propagandistisch genutzte Gewaltfolgendarstellungen, die gar nicht aus der aktuellen Israel-Hamas-Konfrontation stammen, sondern etwa Aufnahmen der Folgen von Naturkatastrophen sind.

Vorgehen der Dienste: Engagiert, aber uneinheitlich

Schon am Wochenende des Überfalls der Hamas auf Israel war zu beobachten, dass Dienste auf die belastenden Aufnahmen reagierten. Auf TikTok und Instagram wurde Content gelöscht oder mit vorgeschaltetem Warnhinweis versehen. Generell zeigt sich allerdings kein konsistentes oder überzeugendes Vorgehen im Umgang gerade mit Opferbildern. So wird bisweilen vor relativ harmlosen Darstellungen gewarnt, während Nutzer:innen mit anderen potenziell verstörende Aufnahmen im Vorschaubild konfrontiert werden. Deutlich besser reagierten die populären Social-Media-Dienste im weiteren Zeitverlauf. Das betraf neben dem Vorgehen gegen explizite Gewaltdarstellungen auch antisemitische und israelfeindliche Bilder und Aussagen. Immer wieder stieß jugendschutz.net auf Verstöße gegen den Jugendmedienschutz, die kurz darauf bereits gelöscht waren, noch ehe sie dem Dienst gemeldet oder der Medienaufsicht zugeführt werden konnten.



Vor sensiblen Inhalten wird gewarnt – jedoch nicht immer oder nur bedingt nachvollziehbar. (Quelle: Instagram)


Im Zuge der Recherchen meldete jugendschutz.net 252 Fälle den Diensten. Außerhalb des Recherch Rahmens bzw. in der Folgezeit kamen und kommen weitere Fälle hinzu. Die meisten Verstöße (121) machten Kennzeichen verbotener Organisationen aus. Neben der in der Verbotungsverfügung der Hamas benannten Parole „From the River to the Sea (Palestine will be

free)“ waren das v.a. nationalsozialistische Kennzeichen, die genutzt wurden, um Israel mit NS-Deutschland bzw. die Militärangriffe mit dem Holocaust gleichzusetzen. Volksverhetzungen (71) und menschenwürdeverletzende Darstellungen (48) waren die zweit- und dritthäufigsten Verstoßarten.

Ein Großteil der Verstöße wurde auf X (91) gemeldet. Bis auf sechs Fälle löschte der Dienst alle Inhalte oder sperrte sie für deutsche Nutzer:innen, was einer Löschrquote von rund 93% entspricht. Ähnlich reagierten Instagram (92%), YouTube (100%) und Facebook (88%). TikTok und Pinterest hingegen ergriffen bei mehr als 50% aller gemeldeten Inhalte keine Maßnahmen. Allerdings handelte es sich dabei überwiegend oder im Fall von Pinterest ausschließlich um die Verwendungen der Parole „From the River to the Sea“. Als Hamas-Losung ist sie in Deutschland im Zusammenhang mit dem Vereinsverbot nicht erlaubt; außerhalb des eindeutigen Hamas-Kontextes wird die Losung selbst gerichtlich unterschiedlich ausgelegt.

Umgang mit belastenden Inhalten: Junge Nutzer:innen schützen und unterstützen

Gerade in den ersten Tagen nach dem Angriff sahen sich Kinder und Jugendliche mit vielerlei problematischen Inhalten konfrontiert. Auch danach war und ist das Thema Israel-Hamas-Konflikt auf beliebten Plattformen sehr präsent, die fester Teil des Medienalltags von jungen Nutzer:innen sind. Selbst wenn Betreiber vor allem gewalthaltige Darstellungen löschen oder den Zugriff einschränken, findet sich immer wieder Content, der vor allem junge Nutzer:innen belasten kann; das gilt auch für Formen der Berichterstattung, der Aufklärung und Dokumentation des Zeitgeschehens. Ein effektiver Schutz junger User:innen und insbesondere von Kindern vor Inhalten, die sie nachhaltig ängstigen oder massiv beeinträchtigen können, ist vor allem mit Blick auf reale Gewaltereignisse unerlässlich.



Es gilt daher auch, Kinder und Jugendliche bei ihrer Medienrezeption im Kontext Krieg zu unterstützen und zu begleiten. Insbesondere Eltern und Lehrer:innen sollten etwa aktiv helfen, irritierende oder gar schockierende Inhalte einzuordnen und zur Verfügung stehen, wenn Kinder und Jugendliche Fragen haben oder Anzeichen von Belastung zeigen. Zugleich sollten jüngere Nutzer:innen in der Lage versetzt und ermutigt werden, unzumutbare Abbildungen und Aussagen mit Erziehenden oder Pädagog:innen zu besprechen sowie eigenständig den Diensten zu melden. Sie erleben so, dass sie selbst solchen Online-Inhalten nicht hilflos ausgeliefert sind oder sie als „normal“ hinnehmen müssen. Nicht zuletzt geht es auch darum, insbesondere Jugendliche zu einem eigenverantwortlichen Umgang mit Kriegsbildern und hitzigen Debatten zum Nahostkonflikt zu befähigen.

Was das stark polarisierende Thema des Israel-Gaza-Konflikts und die hochemotionalen Diskussionen darum betrifft, ist es schon für Erwachsene schwer, nicht überwältigt zu werden und eine eigenständige Haltung zu entwickeln. Nicht selten erfolgen die Schlagabtausche im Online-Meinungskampf über historische und politische Faktenbehauptungen. Ob diese wahr sind, tendenziös ausgewählt und gedeutet oder gänzlich falsch sind, ist für Minderjährige besonders schwer zu durchschauen. Es fällt jedoch auch vielen Erwachsenen und sogar Pädagog:innen schwer, den Nahostkonflikt in seiner Komplexität mit Kindern und Jugendlichen zu besprechen und differenzierte Einordnungshilfen zu bieten. Handreichungen geben hierfür z.B. die EU-Initiative *klicksafe*¹ oder *ufuq.de* mit der Publikation *Über Israel und Palästina sprechen. Der Nahostkonflikt in der Bildungsarbeit*², die Lehrkräfte unterstützt, das Thema in Unterricht und Schularbeit zu behandeln.

¹ <https://www.klicksafe.de/news/kriegsbilder-und-hetze-so-helfen-sie-kindern-und-jugendlichen-bei-der-verarbeitung>

² <https://www.ufuq.de/publikation/nahostkonflikt-schule/>

Weiterführende Informationen



www.jugendschutz.net

Meldemöglichkeiten



www.jugendschutz.net/verstoss-melden

Über jugendschutz.net

jugendschutz.net fungiert als das gemeinsame Kompetenzzentrum von Bund und Ländern für den Schutz von Kindern und Jugendlichen im Internet. Die Stelle recherchiert Gefahren und Risiken in jugendaffinen Diensten. Sie wirkt darauf hin, dass Verstöße gegen Jugendschutzbestimmungen beseitigt und Angebote so gestaltet werden, dass Kinder und Jugendliche sie unbeschwert nutzen können.

Die Jugendministerien der Länder haben jugendschutz.net 1997 gegründet. Die Aufgaben wurden 2003 im Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMStV) festgelegt. Die Stelle ist seither an die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) angehängt. 2021 hat der Bund jugendschutz.net als gemeinsamem Kompetenzzentrum im Jugendschutzgesetz (JuSchG) ebenfalls eine gesetzliche Aufgabe zugewiesen.

jugendschutz.net wird finanziert von den Obersten Landesjugendbehörden, den Landesmedienanstalten und gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Verstöße im Netz können gemeldet werden unter: <https://www.jugendschutz.net/verstoss-melden>



Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Im Rahmen von:



Kofinanziert von der
Europäischen Union

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Kontakt
jugendschutz.net
Bahnhofstraße 8a, 55116 Mainz

Inhaltlich verantwortlich
Stefan Glaser
Bahnhofstraße 8a, 55116 Mainz

JUGEND
SCHUTZ.NET